

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 19. März 2024 in Brüssel**

Am 19. März 2024 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Auf der Tagesordnung standen die Vorbereitung des Europäischen Rates am 21./22. März 2024, das Europäische Semester 2024 sowie die Zukunft Europas. Zudem stellte ich den gemeinsam mit dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft Martin Kocher erstellten 10-Punkte-Plan zur Stärkung des EU-Binnenmarktes vor. Schließlich thematisierten die Mitgliedstaaten Spanien den Vorschlag zur Änderung des EU-Sprachenregimes, Polen die Rechtsstaatlichkeit in Polen, Deutschland die Wahlen in Kandidatenländern, Litauen das Sanktionsregime gegen Russland sowie Frankreich die einseitigen Maßnahmen des Vereinigten Königreichs im Fischereibereich.

### **Vorbereitung des Europäischen Rates am 21./22. März 2024**

Auf Basis des Entwurfs der Schlussfolgerungen fand ein Austausch zur Vorbereitung des Europäischen Rates am 21./22. März 2024 statt.

Zum Thema EU-Erweiterung verwies ich auf die großen Reformfortschritte Bosnien und Herzegowinas in den letzten Monaten, die im Bericht der Europäischen Kommission vom 12. März 2024 auch klar bestätigt worden sind. Eine positive Entscheidung für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina sei daher konsistent, ein wichtiges Signal an das Land und die Region sowie eine Frage der EU-Glaubwürdigkeit.

Ich begrüßte zudem die Behandlung des Themas Migration durch die Staats- und Regierungschefs, wie dies Österreich gefordert hatte. Zur Behandlung der Lage im Nahen Osten mahnte ich ein, dass der Europäische Rat kein Signal der Uneinigkeit aussenden dürfe. Außerdem gab ich zu bedenken, dass der aktuelle Konflikt jederzeit durch die Freilassung der Geiseln durch die Hamas beendet werden könnte.

Ich betonte einmal mehr, dass die Unterstützung für die Ukraine außer Frage stehe, seitens Österreichs jedoch nur im Einklang mit der Neutralität erfolgen könne. Der besondere Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Österreichs müsse auch bei der Stärkung der Verteidigungsindustrie Europas und im Zusammenhang mit den dazu vorgelegten Vorschlägen der Europäischen Kommission berücksichtigt werden.

Zum Thema Landwirtschaft wiederholte ich die Notwendigkeit eines stabilen und vorhersehbaren Rahmens für Landwirtinnen und Landwirte, die Verringerung von Verwaltungslasten, die Schaffung fairer globaler Wettbewerbsbedingungen und die Einhaltung hoher Standards für landwirtschaftliche Produkte.

## **Europäisches Semester 2024**

Der belgische Ratsvorsitz ging auf den Synthesebericht über die Beiträge des Rates zum Europäischen Semester 2024 sowie den aktualisierten Fahrplan mit dem neuesten Stand der voraussichtlichen Termine im Rahmen des Europäischen Semesters 2024 ein. Der Rat billigte außerdem die Übermittlung des Entwurfs der Empfehlungen zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets an den Europäischen Rat.

## **Zukunft Europas**

Bei der Diskussion zur Zukunft Europas tauschten die Ministerinnen und Minister ihre Gedanken zum EU-internen Reformbedarf im Zusammenhang mit einer erweiterten EU aus. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič verwies dabei auf die Vorlage der Mitteilung der Europäischen Kommission über Reformen und Überprüfungen von Politikbereichen im Vorfeld der Erweiterung am 20. März 2024.

## **10-Punkte-Plan zur Stärkung des EU-Binnenmarktes**

Ich präsentierte den gemeinsam mit dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft Martin Kocher erstellten 10-Punkte-Plan zur Stärkung des EU-Binnenmarktes. Der Binnenmarkt ist die größte Errungenschaft der EU. Angesichts globaler Dynamiken ist es jedoch an der Zeit, diesen weiterzuentwickeln und nachzudenken, wie die Wettbewerbsfähigkeit der EU gesteigert und ungerechtfertigte Hindernisse im Binnenmarkt beseitigt werden können. Die Europäische Kommission sowie zahlreiche Mitgliedsstaaten begrüßten unsere Initiative.

## Weitere Themen

Spanien erneuerte den Wunsch, die Regionalsprachen Katalanisch, Baskisch und Galicisch in das EU-Sprachenregime aufzunehmen. Polen informierte über die Entwicklungen und weitere Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in Polen.

Deutschland thematisierte Wahlen in EU-Kandidatenländern und die Wichtigkeit, Wahlprozesse genau zu beobachten. Litauen sprach das Sanktionsregime gegen Russland und die Wichtigkeit der Verhinderung von Sanktionsumgehung an. Schließlich ging Frankreich auf einseitige Beschränkungen der Fischerei durch das Vereinigte Königreich ein.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

### **Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

12. April 2024

Mag. Karoline Edtstadler  
Bundesministerin